Verordnung betreffend Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung [1)] (VELG)

Vom 12. Dezember 1989 (Stand 1. Januar 2019)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG) vom 11. November 1987 [2)],

beschliesst:

I. Berechnungsgrundlagen

(I.) I. Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einnahmen [3)] *****

§ 1 *

[1] Die vom Gesetz anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen berechnen sich nach Art. 10 und 11 ELG und den Art. 11–18 ELV sowie den §§ 4 und 5 EG/ELG.

(I.)II. Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf *****

§ 2 * ...

(I.)III. Mietzins/Nebenkosten

§ 3 * ...

(I.)IV. Spitaltaxen

§ 4

[1] Als Spitalkosten im Bereich der Langzeitpflege gemäss Art. 49 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 werden als Ausgaben die anerkannten Kosten nach Massgabe der geltenden Pflegeheimtaxe für Pension und Betreuung in Vertragsheimen sowie der Eigenbeitrag gemäss Art. 25a Abs. 5 KVG für die Pflege berücksichtigt. *****

[2] ... *****

[3] ... *****

[4] ... *****

1) Genehmigt vom Eidgenössischen Departement des Innern am 2. 2. 1990
2) SG 832.700.
3) Softwarebedingte, redaktionelle Einfügung von Gliederungsbuchstaben oder -ziffern.

(I.)V. Heimtaxen

§ 5 *

[1] Als Heimtaxen, welche bei der Berechnung von Ergänzungsleistungen berücksichtigt werden, gelten bei Vertragsheimen mit Alterspflege die vom Kanton anerkannten Kosten für Pension und Betreuung sowie der Eigenbeitrag gemäss Art. 25a Abs. 5 KVG für die Pflege, bei gemäss dem Gesetz über die Behindertenhilfe (BHG) vom 14. September 2016 anerkannten Heimen, für Personen mit Behinderung im Sinne von § 4 BHG die Kosten für die nicht personalen Leistungen und für alle übrigen Personen die Kosten für die personalen und nicht personalen Leistungen und bei den übrigen Heimen (Nichtvertragsheime) die als Höchstbetrag festgesetzten Taxen gemäss § 8 dieser Verordnung. *

[2] In den Vertragsheimen mit Alterspflege ist für die Berücksichtigung der Taxen ein Pflegebedürftigkeitsnachweis erforderlich. In den anerkannten Heimen ist eine Bewilligung des Leistungsbezugs gemäss § 14 BHG erforderlich. *

[3] Versicherungsleistungen für Pflege, Unterkunft und Verpflegung werden als Einkünfte angerechnet, Hilflosenentschädigungen nur, wenn in der Taxe auch die Kosten für die Pflege einer hilflosen Person enthalten sind.

[4] Solange bei vorübergehendem Aufenthalt im Heim der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf anerkannt wird, wird die berücksichtigte Heimtaxe wie beim vorübergehenden Spitalaufenthalt gemäss § 10 der Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (KBV) vom 18. Dezember 2007 gekürzt.

§ 6 * *Auswärtiger Heimaufenthalt*

[1] Bei ausserkantonalen Heimaufenthalten, welche aus sozialen oder aus medizinisch pflegerischen Gründen bzw. weil (innert zumutbarer Frist) kein geeigneter Heimplatz in Basel-Stadt zur Verfügung steht, erfolgen, kann anstelle der Taxen gemäss § 8 dieser Verordnung, die von der zuständigen Stelle des Heimkantons genehmigte oder in einer interkantonalen Vereinbarung geregelte Taxe berücksichtigt werden. Zuständig zum Entscheid über das Vorliegen der genannten Voraussetzungen ist bei Betagten die Abteilung Langzeitpflege des Gesundheitsdepartements und bei Behinderten die Abteilung Behindertenhilfe des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

§ 7 *Urlaub und Spitalaufenthalt*

[1] Bleibt ein Heimplatz bei Urlaub der Heimbewohnerin oder des Heimbewohners frei, findet während höchstens 30 Tagen die Reservationstaxe (Pensionstaxe abzüglich Verpflegungskosten) Berücksichtigung.

[2] Bleibt ein Heimplatz wegen vorübergehenden Spitalaufenthalts frei, wird während höchstens 60 Tagen die Reservationstaxe berücksichtigt. Längere Freihaltungen werden bei Bezügerinnen und Bezügern von AHV-Leistungen nur mit Zustimmung des Gesundheitsdepartements, Abteilung Langzeitpflege, bei Bezügerinnen und Bezügern von IV-Leistungen nur mit Zustimmung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Abteilung Behindertenhilfe, anerkannt. *

§ 8 *Nichtvertragsheime **

[1] Für Aufenthalte in Nichtvertragsheimen können für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung höchstens Fr. 130 pro Tag sowie für die Pflege der Eigenbeitrag gemäss Art. 25a Abs. 5 KVG berücksichtigt werden. *

[2] Für die Berücksichtigung der Taxen gemäss Abs. 1 ist ein Pflegebedürftigkeitsnachweis erforderlich. *

§ 9 * ...

(I.)VI. Persönliche Auslagen

§ 10

[1] Der Betrag für persönliche Auslagen in Heimen und Spitälern wird auf Fr. 385 pro Monat festgesetzt. *****

(I.)VII. Taxe für ambulante Pflege

§ 11 * ...

(I.)VIII. Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf für kantonale Beihilfe an zu Hause Wohnende *****

§ 12

[1] Die Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf für die kantonale Beihilfe an zu Hause Wohnende gemäss § 18 EG/ELG belaufen sich auf:

a)		Alleinstehende	
aa)	*	ohne Kinder	Fr. 20'450
ab)	*	1. und 2. Kind je	Fr. 10'170
ac)	*	3. und 4. Kind je	Fr. 6'780
ad)	*	5. und weitere Kinder je	Fr. 3'390
b)		Ehepaare und eingetragene Partnerschaften	
ba)	*	ohne Kinder	Fr. 30'675
bb)	*	1. und 2. Kind je	Fr. 10'170
bc)	*	3. und 4. Kind je	Fr. 6'780
bd)	*	5. und weitere Kinder je	Fr. 3'390
c)	*	Waisen	Fr. 10'670

(I.)IX. Pflegebeihilfe

§ 13 * ...

(I.)X. Mietzinsbeihilfe

§ 14

[1] In besonderen Fällen, in denen für Beihilfeberechtigte die Belastung durch Mietzins und Mietnebenkosten zu einer offensichtlichen Härte führt, wird nach Massgabe von § 14 Abs. 3 EG/ELG auf Antrag eine Mietzinsbeihilfe ausgerichtet.

[2] Härtefälle können insbesondere sein:

a) Der Eintritt in ein Pflegeheim oder in ein Wohnheim für Behinderte.

b) *****

c) ***** Der Eintritt des Todes einer im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegattin oder eingetragenen Partnerin oder eines im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten oder eingetragenen Partners.

[3] Die Mietzinsbeihilfe wird während längstens insgesamt sechs Monaten ausgerichtet. Auf begründetes Gesuch hin kann sie um höchstens weitere sechs Monate verlängert werden.

[4] Solange ein Anspruch auf Mietzinsbeihilfe besteht, erhöht sich der maximal anerkannte Mietzins einschliesslich Nebenkosten um höchstens Fr. 1'800 pro Jahr bei Alleinstehenden und um höchstens Fr. 3'000 pro Jahr bei Ehepaaren, in eingetragener Partnerschaft lebenden Paaren und Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern. *****

(I.)XI. Beiträge an die Kosten des Umweltschutzabonnementes *****

§ 14a *

[1] Die Beiträge an die Kosten des Umweltschutzabonnementes gemäss § 25a EG/ELG werden einmal jährlich in Form einer Teilrückerstattung ausgerichtet. Die Zahlung erfolgt aufgrund der von den Berechtigten im vergangenen Jahr gekauften Umweltschutzabonnemente.
[2] Der Beitrag an das Monatsabonnement beträgt Fr. 6. *****

II. Organisation und Verfahren

(II.)I. Zuständiges Amt

§ 15

[1] Soweit Gesetz oder Verordnung keine andere Stelle vorsehen, wird das Amt für Sozialbeiträge mit dem Vollzug der Bestimmungen betreffend Ergänzungsleistungen und Beihilfe betraut.
[2] Zuständig für den Abschluss der durch den Regierungsrat zu genehmigenden Subventionsverträge sind für den Bereich der Alters- und Pflegeheime das Gesundheitsdepartement, für den Bereich der Behindertenheime das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. *****

§ 16 *Aufsicht*

[1] Das Gesundheitsdepartement überwacht die Leistungen für Pflege, Pension und Betreuung sowie die Einhaltung vertraglicher Abmachungen; es kontrolliert die Voraussetzungen für Leistungen gemäss den Bestimmungen des EG/ELG im Bereich der Alters- und Pflegeheime, der Spitäler sowie der ambulanten Leistungen für Betagte. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt erfüllt dieselben Funktionen im Bereich der Behindertenheime und der ambulanten Leistungen für Behinderte. *****

§ 17 * *Pflegeberatung* *****

[1] Die Pflegeberatung der Abteilung Langzeitpflege des Gesundheitsdepartements führt eine Bedarfsabklärung über die Pflegebedürftigkeit der Betagten durch und stellt einen Pflegebedürftigkeitsnachweis aus. Für Betagte mit Wohnsitz in den Gemeinden Riehen und Bettingen wird der Pflegebedürftigkeitsnachweis durch deren Pflegeberatungsstelle erbracht. *****
[2] Die Abteilung Langzeitpflege des Gesundheitsdepartements ist berechtigt, die Pflegebedürftigkeit der Betagten, die Sicherstellung der fachgerechten Betreuung und die Angemessenheit der Kosten zu überprüfen.

(II.)II. Verfahren

§ 18 *Anmeldung*

[1] Wer Anspruch auf Ergänzungsleistungen/Beihilfe erhebt, hat sich beim zuständigen Amt anzumelden und das Anmeldeformular zu unterzeichnen. Zur Anmeldung sind auch die in Art. 67 Abs. 1 AHVV [4)] genannten Personen und Stellen befugt.
[2] Personen mit Wohnsitz in der Stadt Basel melden sich beim Amt für Sozialbeiträge an, Personen mit Wohnsitz in den Gemeinden Riehen oder Bettingen bei der Gemeindekanzlei Riehen. *****

4) § 18 Abs. 1: VO über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 31. 10. 1947 (SR 831.101).

[3] … *

§ 19 * ...

§ 20 *Akten*

[1] Die Akten haben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Berechtigten sowie über die Berechnung der Ergänzungsleistungen/Beihilfe in übersichtlicher Weise Aufschluss zu geben.

§ 21 *Überprüfung der Anspruchsberechtigung*

[1] Das Amt für Sozialbeiträge überprüft periodisch die Anspruchsberechtigung der Ergänzungsleistungs- und Beihilfebezügerinnen und -bezüger. Die massgeblichen Einkommensverhältnisse werden jährlich gegebenenfalls unter Beizug der dafür notwendigen Steuerdaten überprüft; spätestens jedes vierte Jahr findet eine Gesamtüberprüfung statt.
[2] Solange über einen ausländischen Rentenanspruch keine rechtskräftige Verfügung vorliegt, wird der Anspruch auf Ergänzungsleistungen jährlich überprüft. Anträge auf Beihilfe bleiben hängig und werden bei Vorliegen der rechtskräftigen Rentenverfügung rückwirkend zugesprochen.

(II.)III. Revision

§ 22 *

[1] Es ist jährlich eine Revision durchzuführen. Diese hat sich auf die materielle Rechtsanwendung, die Buchhaltung und die allgemeine Geschäftsführung zu erstrecken. Die Durchführung der Revision obliegt der Finanzkontrolle Basel-Stadt. Die Revisionsberichte sind dem Bundesamt für Sozialversicherungen in doppelter Ausfertigung zuzustellen.

III. Schlussbestimmungen

§ 23 *Aufhebung bisherigen Rechts*

[1] Diese Verordnung ersetzt die Verordnung betreffend Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VELG) vom 16. Dezember 1986.

§ 24 *Publikation und Wirksamkeit*

[1] Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird auf den 1. Januar 1990 wirksam.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
12.12.1989	01.01.1990	Erlass	Erstfassung	KB 30.12.1989
04.05.1993	01.01.1993	§ 14 Abs. 2, lit. b)	aufgehoben	-
25.08.1998	01.01.1999	Titel (I.) I.	eingefügt	-
25.08.1998	01.01.1999	Titel (I.)II.	eingefügt	-
15.10.2002	01.01.2003	§ 4 Abs. 4	aufgehoben	-
15.10.2002	01.01.2003	Titel (I.)XI.	eingefügt	-
15.10.2002	01.01.2003	§ 14a	eingefügt	-
15.10.2002	01.01.2003	§ 17	Titel geändert	-
15.10.2002	01.01.2003	§ 18 Abs. 3	aufgehoben	-
11.07.2006	10.12.2006	§ 14 Abs. 2, lit. c)	geändert	-
11.07.2006	10.12.2006	§ 14 Abs. 4	geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 1	totalrevidiert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 2	aufgehoben	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 3	aufgehoben	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 4 Abs. 1	geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 4 Abs. 2	geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 5	eingefügt	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 8	Titel geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 8 Abs. 2	geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 9	aufgehoben	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 11	aufgehoben	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 13	aufgehoben	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 17	eingefügt	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 18 Abs. 2	geändert	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 19	eingefügt	-
18.12.2007	01.01.2008	§ 22	eingefügt	-
09.12.2008	01.01.2009	§ 6	eingefügt	-
09.12.2008	01.01.2009	§ 7 Abs. 2	eingefügt	-
09.12.2008	01.01.2009	§ 15 Abs. 2	eingefügt	-
20.12.2011	01.01.2012	Titel (I.)VIII.	eingefügt	-
29.11.2016	01.01.2017	§ 5 Abs. 2	geändert	KB 29.12.2016
27.06.2017	01.01.2017	§ 5 Abs. 1	geändert	KB 13.09.2017
27.06.2017	01.07.2017	§ 8 Abs. 1	geändert	KB 13.09.2017
24.04.2018	01.05.2018	§ 4 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 4 Abs. 2	aufgehoben	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 5 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 5 Abs. 2	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 8 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 8 Abs. 2	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 10 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 14 Abs. 4	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 14a Abs. 2	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 16 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 17 Abs. 1	geändert	KB 07.11.2018
24.04.2018	01.05.2018	§ 19	aufgehoben	KB 07.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. a), aa)	geändert	KB 24.11.2018

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. a), ab)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. a), ac)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. a), ad)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. b), ba)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. b), bb)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. b), bc)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. b), bd)	geändert	KB 24.11.2018
20.11.2018	01.01.2019	§ 12 Abs. 1, lit. c)	geändert	KB 24.11.2018

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	12.12.1989	01.01.1990	Erstfassung	KB 30.12.1989
Titel (I.) I.	25.08.1998	01.01.1999	eingefügt	-
§ 1	18.12.2007	01.01.2008	totalrevidiert	-
Titel (I.)II.	25.08.1998	01.01.1999	eingefügt	-
§ 2	18.12.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 3	18.12.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 4 Abs. 1	18.12.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 4 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 4 Abs. 2	18.12.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 4 Abs. 2	24.04.2018	01.05.2018	aufgehoben	KB 07.11.2018
§ 4 Abs. 3	24.04.2018	01.05.2018	aufgehoben	KB 07.11.2018
§ 4 Abs. 4	15.10.2002	01.01.2003	aufgehoben	-
§ 5	18.12.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 5 Abs. 1	27.06.2017	01.01.2017	geändert	KB 13.09.2017
§ 5 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 5 Abs. 2	29.11.2016	01.01.2017	geändert	KB 29.12.2016
§ 5 Abs. 2	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 6	09.12.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 7 Abs. 2	09.12.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 8	18.12.2007	01.01.2008	Titel geändert	-
§ 8 Abs. 1	27.06.2017	01.07.2017	geändert	KB 13.09.2017
§ 8 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 8 Abs. 2	18.12.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 8 Abs. 2	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 9	18.12.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 10 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 11	18.12.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
Titel (I.)VIII.	20.12.2011	01.01.2012	eingefügt	-
§ 12 Abs. 1, lit. a), aa)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. a), ab)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. a), ac)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. a), ad)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. b), ba)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. b), bb)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. b), bc)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. b), bd)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 12 Abs. 1, lit. c)	20.11.2018	01.01.2019	geändert	KB 24.11.2018
§ 13	18.12.2007	01.01.2008	aufgehoben	-
§ 14 Abs. 2, lit. b)	04.05.1993	01.01.1993	aufgehoben	-
§ 14 Abs. 2, lit. c)	11.07.2006	10.12.2006	geändert	-
§ 14 Abs. 4	11.07.2006	10.12.2006	geändert	-
§ 14 Abs. 4	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
Titel (I.)XI.	15.10.2002	01.01.2003	eingefügt	-
§ 14a	15.10.2002	01.01.2003	eingefügt	-
§ 14a Abs. 2	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 15 Abs. 2	09.12.2008	01.01.2009	eingefügt	-
§ 16 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
§ 17	15.10.2002	01.01.2003	Titel geändert	-
§ 17	18.12.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 17 Abs. 1	24.04.2018	01.05.2018	geändert	KB 07.11.2018
§ 18 Abs. 2	18.12.2007	01.01.2008	geändert	-
§ 18 Abs. 3	15.10.2002	01.01.2003	aufgehoben	-
§ 19	18.12.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 19	24.04.2018	01.05.2018	aufgehoben	KB 07.11.2018
§ 22	18.12.2007	01.01.2008	eingefügt	-